

Gut gemeint und schlecht gemacht

Dr. Angelika Niebler, MdEP, kritisiert Verlängerung des Mutterschutzes

Der Mutterschutz soll künftig europaweit von 14 auf 20 Wochen bei voller Bezahlung ausgedehnt werden – zumindest wenn es nach dem Willen des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter des Europäischen Parlaments (Frauenausschuss) geht. Dr. Angelika Niebler, CSU-Europaabgeordnete und Landesvorsitzende der Frauen-Union Bayern, sieht diese Entscheidung jedoch kritisch.

„Ich bin selbstverständlich für einen umfassenden Schutz der Mütter. Die Verlängerung der Mutterschutzfrist ist hingegen der falsche Weg. Denn er konterkariert das in Deutschland vor wenigen Jahren eingeführte hervorragende Modell, das beiden Elternteilen nach Ablauf der Mutterschutzfrist die Möglichkeit bietet, eine insgesamt 14-monatige Elternzeit in Anspruch nehmen zu können“, sagt Dr. Niebler. Die EU-Abgeordnete hat daher im Frauenausschuss bewusst gegen den Berichtsentwurf gestimmt und mit eigenen Änderungsanträgen versucht, den Zeitraum von derzeit 14 Wochen vollbezahltem Mutterschutz beizubehalten.

Modell aus Mutterschutz und Elternzeit

Das in Deutschland funktionierende Modell besteht aus einer Kombination von 14 Wochen Mutterschutz und 12 beziehungsweise 14 Monaten bezahlter Elternzeit. Während der 14 Wochen Mutterschutzzeit erhält die Frau 100 Prozent des letzten Gehalts. Während der ersten 12 Monate Elternzeit erhält die Frau ein Elterngeld in Höhe von 67 Prozent des letzten Gehalts. Wenn der Vater sich entschließt, ebenfalls in Elternzeit zu gehen, wird die Bezahlung um weitere zwei Monate verlängert.

Der umfassende Schutz der Mütter hat für Niebler oberste Priorität. „In Deutschland existiert bereits ein Modell, das die Familie nach der Geburt eines Kindes über einen langen Zeitraum finanziell gut absichert. Daher ist eine Verlängerung des Mutterschutzes auf 20 Wochen nicht notwendig“, so die CSU-Abgeordnete. Auch in den anderen 26 Mitgliedsstaaten der EU existieren unterschiedliche



Foto: privat

Dr. Angelika Niebler setzt sich für die Kombination aus Mutterschutz und Elternzeit ein.

Modelle des Mutterschutzes und der Elternzeit. Sie variieren in Bezug auf Länge, Höhe der Bezahlung sowie der Art der Finanzierung. Mit ihrem Vorschlag versucht die EU-Kommission erneut, einheitliche Regelungen für einen Bereich zu schaffen, der national bereits geregelt ist.

Kosten tragen die Arbeitgeber

Für die Kombination aus Mutterschutz und Elternzeit sei in Deutschland jahrelang gekämpft worden, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. „Wenn wir nun den Mutterschutz auf 20 Wochen bei voller Bezahlung erhöhen, dann konterkariert das all diese Bestrebungen“, so Niebler. Auf die Arbeitgeber, die in Deutschland die Hauptlast der Finanzierung des Mutterschaftsurlaubs tragen, kämen bei einer Verlängerung des Mutterschutzes schätzungsweise Kosten in dreistelliger Millionenhöhe zu. Da es nicht nur in Deutschland massiven Widerstand gegen die Neuregelung gibt, wurde die Abstimmung im Plenum des Europäischen Parlaments, die für Ende März vorgesehen war, mittlerweile auf Juli verschoben. In der Zwischenzeit wird eine Gesetzesfolgenabschätzung durchgeführt, die unter anderem die zusätzlichen Kosten errechnet, die eine Verlängerung des Mutterschutzes auf 20 Wochen mit sich bringen würde.

Ein weiterer Dorn im Auge ist für die Parlamentarierin die Einbeziehung der Selbstständigen in den Geltungsbereich der Richtlinie. „Der Mutterschutz bei Selbstständigen wird in einer eigenen Richtlinie geregelt, die derzeit im Frauenausschuss behandelt wird. Es ist daher vollkommen überflüssig, die Selbstständigen in die Regelungen der Mutterschutz-Richtlinie miteinzubeziehen“, so Niebler.

Sylvia Bonifacius
Büroleiterin und Parlamentarische
Assistentin von Dr. Angelika Niebler